In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen und vorzulegen, wie die Entscheidungsseite ausgestaltet werden soll, um eine klare Ordnung und Verantwortlichkeit zu sichern, welche Maßnahmen mit welcher Begründung jeweils zur Anwendung kommen. Das betrifft auch unsere Reaktion auf entsprechende Verstöße gegen die Rechtsvorschriften der DDR während des Aufenthaltes der Westberliner in der DDR.

Die Regierung der DDR verbindet mit dem Aufenthalt von Westberliner Personen in der DDR und ihrer Hauptstadt die Erwartung, daß sie die Rechtsvorschriften der DDR achten und einhalten. Gegen Westberliner Personen, die während ihres Aufenthaltes in der DDR die Rechtsvorschriften, also unsere Gesetze, verletzen, können jedoch die darin festgelegten Sanktionen zur Anwendung kommen. Das darf jedoch nicht dem einzelnen Mitarbeiter oder Leiter überlassen werden.

Genossen!

In den bisherigen Ausführungen dürfte deutlich geworden sein, daß das gesamte Antrags- und Genehmigungsverfahren von grundsätzlicher politisch-operativer Bedeutung ist.
Operative Versäumnisse, Lücken und Mängel während des Antrags- und Genehmigungsverfahrens führen unzweifelhaft zu negativen Auswirkungen auf die politisch-operative Arbeit und gefährden die Erfüllung der uns übertragenen politisch-operativen Aufgaben.

Kopie BStU AR 7